



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

Pressemitteilung

Meyer-Werft: GRÜNE lehnen Verlegung des Firmensitzes ins Ausland ab

Oldenburg, 30.06.2015

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

und 0152 – 56 74 45 60

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Die geplante Verlegung des Firmensitzes der Meyer Neptun GmbH von Rostock nach Luxemburg passt leider in das Bild, das viele Menschen heutzutage von Großunternehmen haben: Alle Vorteile, die vom Staat kommen können, mitnehmen, aber möglichst wenig Steuern bezahlen und die Mitbestimmung möglichst gering halten.

Wir GRÜNEN lehnen das jetzt bekannt gewordene Vorhaben der Meyer Neptun GmbH, der Muttergesellschaft der Papenburger Meyer-Werft, klar ab und fordern die Geschäftsleitung auf, die Pläne aufzugeben.

Es wirkt schon dreist, wie sich hier ein Großunternehmen davonzustehlen versucht, das sich selbst gerne als regionales Familienunternehmen bezeichnet. Und dies direkt nachdem ihm die Allgemeinheit - Land, Landkreise, Landwirte und Umweltschützer - über einen teuren und mit vielen Kompromissen gespickten Masterplan Ems die Existenz gesichert hat.

Wir teilen die Sorge des Betriebsrats um seine Mitbestimmungsrechte. Die Verlegung der Firmenzentrale in einer Nacht- und Nebelaktion ohne Einbeziehung der Mitarbeiterseite ist keine vertrauensbildende Maßnahme. Wenn gleichzeitig der Aufsichtsrat als Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung der Werft dargestellt wird, dann ignoriert das vollkommen, dass das gedeihliche Miteinander von Belegschaft und Firmenleitung ein Erfolgsgarant für Unternehmen ist. Die Meyer-Werft profitiert außerdem von einer gut ausgestatteten Bildungslandschaft und Infrastruktur im Umfeld der Produktionsstandorte. Die Steuern sparende Verlagerung des Firmensitzes ins Ausland gefährdet beides.